

Montag, 19. März 2012 09:39 Uhr

URL: <http://www.allgemeine-zeitung.de/region/mainz/vg-heidesheim/wackernheim/11777099.htm>

Allgemeine Zeitung

WACKERNHEIM

Vorerst kein Bürgerentscheid in Wackernheim

17.03.2012 - WACKERNHEIM

Von Dieter Oberhollenzer

In Wackernheim wird es, im Gegensatz zu Heidesheim, zunächst keinen Bürgerentscheid über eine mögliche Eingemeindung nach Ingelheim geben. Mit deutlicher Mehrheit stimmte der Ortsgemeinderat gegen einen Antrag der SPD.

Für Verbandsgemeinde mit den Budenheimern

Bekräftigt wurde von FWG, CDU, Grünen und Bürgerliste der in der Februar-Sitzung gefasste Beschluss, dass nur eine Version einer erweiterten VG mit den drei selbstständigen Ortsgemeinden Wackernheim, Heidesheim und Budenheim akzeptierbar sei. Die Durchführung eines Bürgerentscheids, im Dezember grundsätzlich beschlossen, wird zu einem späteren Zeitpunkt nicht ausgeschlossen. Nach der Absage aus Ingelheim, Gespräche mit Heidesheim und Wackernheim über eine Eingemeindung zu führen, gebe es dafür allerdings derzeit keine Grundlage.

Für die SPD war das Votum des Ältestenrates der Nachbarstadt kein Hinderungsgrund, „noch in der Freiwilligenphase das Heft des Handelns selbst in die Hand zu nehmen“. Mit einem Bürgerentscheid am 17. Juni, so Hans-Joachim Beck, könne ein Signal an das Land und Ingelheim gerichtet werden. Die Bürger sollten die Frage: „Soll die Ortsgemeinde Wackernheim Stadtteil von Ingelheim werden?“ beantworten. „Die beiden Partner Ingelheim und Budenheim wollen nicht. Warum soll man nicht die Bürger fragen?“, ergänzte Michael Weil.

Bei der Mehrheit des Rates stieß die SPD auf Unverständnis. „Da die Verhandlungen mit Ingelheim ganz am Anfang gescheitert sind, kann es aus dieser andiskutierten Möglichkeit keine sinnvolle Frage für einen Bürgerentscheid geben“, erklärte Susanne Degen (FWG). Die in dem Wackernheimer Forderungskatalog aufgelisteten Anliegen, wie Bildung eines Ortsbeirats, Mitsprache bei der Flächenplanung und funktionaler Bürgerservice, „sind nie verhandelt worden“. Mit einem Bürgerentscheid „würden wir bedingungslos in Ingeheim aufgehen“; eine Befragung sei Augenwischerei, eine Handlungsfähigkeit werde vorgegaukelt.

„Lieber ein freier Habenichts, der selbst entscheiden kann, als ein reicher Gefangener von Ingelheim“, formulierte Jörg Reppel (Bürgerliste), der sich mit einer größeren VG eine effizientere Verwaltung vorstellen könnte. Momentan seien Wackernheim die Hände gebunden, „es gibt nichts zu entscheiden“. Dieser

TERMIN

Informationsgespräch über die Gebiets- und Verwaltungsreform am Montag, 26. März, 18 Uhr, im Dorfgemeinschaftshaus in Wackernheim. Referent ist Hubert Stubenrauch, Leiter des Kommunalreferats im rheinland-pfälzischen Innenministerium.

Meinung schloss sich Theo Paridon (CDU) an: „Wir hängen in der Luft.“ Hart ins Gericht mit der SPD ging Eric Alhérière von den Grünen: „Sie wollen uns ohne Gegenleistung verkaufen. Ihnen ist das Geld lieber als die Selbstständigkeit.“

SPD verlässt unter Protest die Ratssitzung

Der SPD-Antrag wurde mit elf gegen fünf Stimmen abgelehnt. Als Ortsbürgermeisterin Sybille Vogt (FWG) den eigenen Antrag ankündigte, über einen Bürgerentscheid dann abzustimmen, „sobald eine Grundlage dafür vorhanden ist“, verließ die SPD unter Protest die Sitzung. „Das ist Aktionismus und Augenwischerei“, ärgerte sich Beck. Vogt zog später den Antrag zurück. „Die Bürgermeisterin hat weiterhin den Auftrag, auf einen Bürgerentscheid hinzuwirken“, verwiesen Ratsmitglieder auf den Dezember-Ratsbeschluss.

© Verlagsgruppe Rhein-Main 2012

Alle Rechte vorbehalten | Vervielfältigung nur mit Genehmigung der Verlagsgruppe Rhein-Main